AVW

Wir sichern Werte.

Versicherungsspezialist der Immobilienwirtschaft

www.avw-gruppe.de

Wohnungswirtschaft **heute.** energie

Fakten und Lösungen für Profis

Ausgabe 16 | Oktober 2021

Strom aus der Ladesäule bis zu 140 % teuer als im Haushalt – Trotz 1.000 Ladesäulenbetreibern gibt es keinen Wettbewerb

Foto: AKrebs60,Pixabay

Die zunehmende Monopolbildung im Ladesäulenmarkt treibt die Strompreise für Elektroautos in die Höhe und verhindert echten Wettbewerb. Für E-Mobilist*innen kostet der Strom an der Ladesäule bis zu 140 Prozent mehr als im Haushalt. Auch an anderer Stelle wird es teuer: Die Ladesäulenbetreiber verlangen von konkurrierenden Fahrstromanbietern Preisaufschläge von 25 bis 100 Prozent, in der Spitze sogar 300 Prozent. Das geht aus dem neuen LichtBlick-Ladesäulencheck 2021 hervor.

Seite 4

Zukunft-Bau-Kongress am 18. und 19. November 2021: klimabewusst erhalten, erneuern, bauen

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) lädt für den 18. und 19. November 2021 gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) zum diesjährigen Zukunft-Bau-Kongress ein. Der Kongress steht unter dem Motto „BAUWENDE: klimabewusst erhalten, erneuern, bauen“. Er findet als Präsenzveranstaltung und digital statt. Basis ist der alte Plenarsaal des ehemaligen Behnisch-Baus des Bundestages in Bonn (WCCB).

Seite 8

Flexibilität im Strommarkt – Überall im Gespräch. Was bedeutet dies für Erzeuger und Verbraucher? Thorsten Möller von Vattenfall erklärt es

Wird über das Energiesystem der Zukunft gesprochen, fällt immer das Stichwort Flexibilität. Aber was bedeutet das? Im Strommarkt bezeichnet es „die Veränderung von Einspeisung oder Entnahme in Reaktion auf ein externes Signal“. Dieses Signal kann der Preis an der Strombörse sein oder aber der Bedarf des Netzbetreibers zur Stabilisierung des Stromnetzes. Im Interview spricht Thorsten Möller, Program Manager bei Vattenfalls Handelseinheit, über die Gründe für die zunehmende Bedeutung von Flexibilität im Strommarkt und über dezentrale Energieanlagen

Seite 16

AGB
Kontakt
Impressum
Mediadaten

Wohnungswirtschaft heute
Verlagsgesellschaft mbH

Chefredakteur
Gerd Warda

wohnungswirtschaft-heute.de

sonstige Themen: Nassauische Heimstätte I Wohnstadt - Vorreiter-Position beim Klimaschutz - Primärenergie-Zielvorgaben 2024 schon 2020 erreicht // GWG-Gruppe: Bundesweiter Bestand wird von Kalo mit digitalen Stromzählern und Smart-Meter-Gateways ausgestattet // Die kommende neue Heizkostenverordnung fordert mehr Informationen für Verbraucher - Aareon bietet digitale EED-konforme Lösung // ...

Wohnungswirtschaft **heute.** energie

Fakten und Lösungen für Profis

Ausgabe 16 | Oktober 2021

Editorial
Beim Klimaschutz muss die kommende Regierung sofort liefern – die Wohnungswirtschaft ist schon auf dem Weg
Seite 3

Der E-Ladesäulen-Check 2021
Strom aus der Ladesäule bis zu 140 % teuer als im Haushalt – Trotz 1.000 Ladesäulenbetreibern gibt es keinen Wettbewerb
Seite 4

Günstiger Strom für Mieter
Vonovia bestückt in Eigenregie 17.000 Dächer bis 2030 mit Photovoltaik-Anlagen – bis 2050 sind es 30.000 Dächer - und schafft 100 neue Stellen
Seite 6

So gelingt die Bauwende
Zukunft-Bau-Kongress am 18. und 19. November 2021: klimabewusst erhalten, erneuern, bauen
Seite 8

EED-Lösung
Die kommende neue Heizkostenverordnung fordert mehr Informationen für Verbraucher – Aareon bietet digitale EED-konforme Lösung
Seite 10

E-Scooter im Rhein und anderswo
Wie sich Lithium-Ionen-Batterien auf das Wasser auswirken, erklärt Prof. Dr. Reinhart Job von der FH Münster
Seite 12

Smart-Meter-Rollout
GWG-Gruppe: Bundesweiter Bestand wird von Kalo mit digitalen Stromzählern und Smart-Meter-Gateways ausgestattet
Seite 14

Blick auf den Strommarkt
Flexibilität im Strommarkt – Überall im Gespräch. Was bedeutet dies für Erzeuger und Verbraucher? Thorsten Möller von Vattenfall erklärt es
Seite 16

Nassauische Heimstätte I Wohnstadt
Vorreiter-Position beim Klimaschutz – Primärenergie-Zielvorgaben 2024 schon 2020 erreicht
Seite 18

Unternehmensallianz für Klimaneutralität
Innerhalb der ersten 100 Tage der neuen Bundesregierung muss eine Umsetzungsoffensive Klimaschutz starten
Seite 22

Editorial

Beim Klimaschutz muss die kommende Regierung sofort liefern – die Wohnungswirtschaft ist schon auf dem Weg

Wenn es um Klimaschutz geht, um die Einhaltung der Pariser Klimaziele, muss die kommende Regierung liefern, fordert die Unternehmensallianz für Klimaneutralität (Seite 22). Und zwar mit einer Umsetzungsoffensive gleich vom Start weg. Deutschland steht in Sachen Klimawende in den Startlöchern, auch unsere Branche.

So lässt die GWG-Gruppe in ihrem bundesweiten Wohnungsbestand digitale Stromzähler und Smart-Meter-Gateways einbauen. Das schafft die Voraussetzung für eine transparente, sichere, permanente Datensammlung, wie sie in der noch vom Bundesrat zu verabschiedender Novelle der Heizkostenverordnung vorgesehen ist (ab Seite 14).

Wie die gesammelten Daten dann auch digital genutzt werden können, zeigt Aareon mit einer EED-konformen Lösung. Denn wenn es um den Klimaschutz in den Wohngebäuden geht, ist auch der Mieter/Nutzer ein wichtiger Faktor. Er entscheidet durch sein Verhalten über den Erfolg oder Nichterfolg der baulichen Maßnahmen. Dafür aber benötigt er permanent Informationen. Wieviel Wärme habe ich, wann verbraucht? Wo liege ich mit meinen Heizkosten? ... (ab Seite 10).

Manche warten nicht, sondern handeln schon. Die Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte I Wohnstadt hat ihre eigenen Primärenergie-Zielvorgaben für 2024 schon 2020 erreicht. Das ist beachtlich und ein Kraftakt, schließlich stammen rund 70 Prozent ihrer Gebäude aus den Jahren 1950 bis 1969 (ab Seite 18).

Auch Vonovia hat gerade gemeldet, dass das bundesweite Unternehmen sein erfolgreiches 1.000-Dächer-Programm noch weiter aufstockt. Die neuen Ziele sind: Bis 2030 sollen 17.000 Dächer mit Photovoltaik-Anlagen bestückt werden, bis 2050 sollen es dann 30.000 Dächer sein. Dies alles in Eigenregie, hierfür schafft Vonovia etwas 100 neue Arbeitsplätze (ab Seite 6).

Oktober 2021 - die neue Energie-Ausgabe mit vielen neuen Anregungen, Klicken Sie mal rein.

Ihr
Gerd Warda

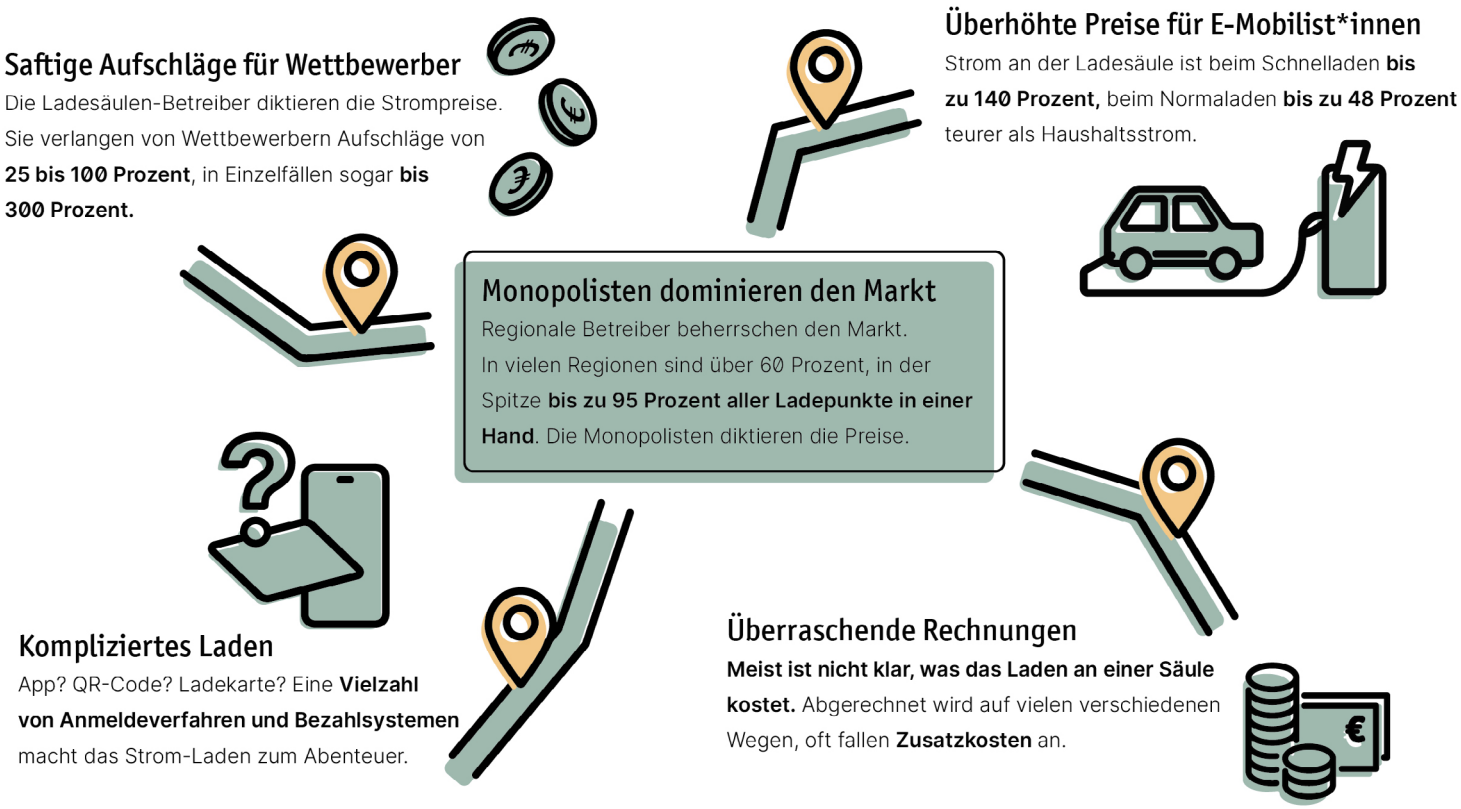
Der E-Ladesäulen-Check 2021

Strom aus der Ladesäule bis zu 140 % teuer als im Haushalt – Trotz 1.000 Ladesäulenbetreibern gibt es keinen Wettbewerb

Die zunehmende Monopolbildung im Ladesäulenmarkt treibt die Strompreise für Elektroautos in die Höhe und verhindert echten Wettbewerb. Für E-Mobilist*innen kostet der Strom an der Ladesäule bis zu 140 Prozent mehr als im Haushalt. Auch an anderer Stelle wird es teuer: Die Ladesäulenbetreiber verlangen von konkurrierenden Fahrstromanbietern Preisaufschläge von 25 bis 100 Prozent, in der Spitze sogar 300 Prozent. Das geht aus dem neuen LichtBlick-Ladesäulencheck 2021 hervor.

E-Mobilität: Marktversagen an der Ladesäule

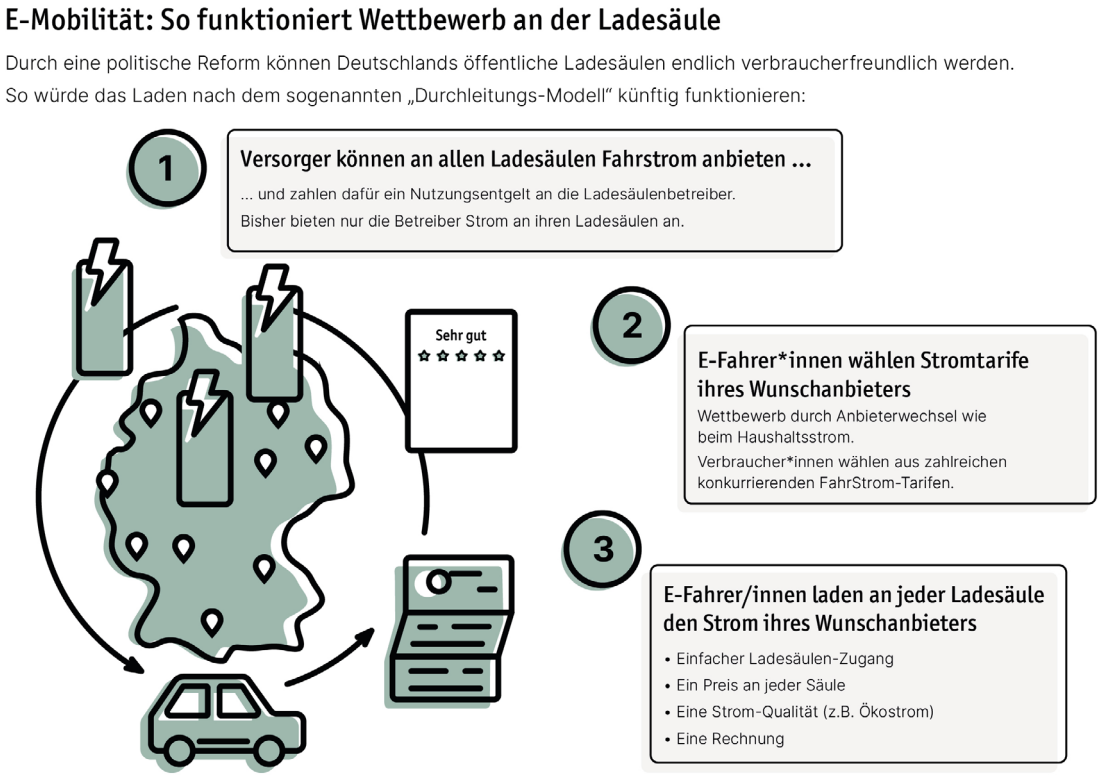
Die wichtigsten Ergebnisse des LichtBlick-Ladesäulenchecks 2021.



LichtBlick legt den fünften Ladesäulencheck seit 2017 vor. In die Analyse sind Recherchen des Datendienstleisters Statista zu 13 großen Ladesäulenbetreibern und zwei Roaminganbietern sowie weitere Marktdaten von LichtBlick eingeflossen.

Im Ladesäulencheck wird der Fall einer Batterieladung eines ID3 von Volkswagen untersucht. Angenommen wird eine Ladung von 14 kWh Strom für 100 Kilometer Reichweite. Bei den untersuchten Ladesäulenbetreibern fallen hier Kosten zwischen 4,77 und 6,68 Euro (AC-Laden) bzw. 4,77 und 10,77 Euro (DC-Laden) an. Zum Vergleich: Die gleiche Menge Haushalsstrom kostet 4,48 Euro.

Ralph Kampwirth, Unternehmenssprecher von LichtBlick: „Die Daten dokumentieren einen klaren Fall von Marktversagen. Regionale Monopole behindern die Verkehrswende. Die Strompreise für E-Mobilist*innen sind oft intransparent und überhöht. Noch drastischer fallen die Aufschläge für konkurrierende Fahrstrom-Anbieter wie LichtBlick aus. Die willkürliche Preistreiberei der Ladesäulen-Betreiber gegenüber Wettbewerbern verstößt gegen das Kartellrecht. Die Situation erinnert an die ersten Jahre im liberalisierten Strommarkt, als Stadtwerke und Konzerne neue Anbieter systematisch diskriminiert haben."



Lesen Sie auch den **Ladesäulen-Check 2021.** Klicken Sie einfach auf die Grafik und der Check öffnet sich als PDF

Ein Fortschritt gegenüber früheren Untersuchungen: Mittlerweile rechnen alle Betreiber per Kilowattstunde ab. Zeittarife gibt es nicht mehr. Allerdings ist der Zugang zu den Ladesäulen weiterhin nicht verbraucher*innenfreundlich. Auch sind die Kosten meist intransparent, häufig fallen Zusatzgebühren an – zum Beispiel für längere Aufenthalte am Ladepunkt.

Roaminganbieter vereinfachen zwar den Zugang zu überregionalen Ladesäulen, verlangen in der Regel aber auch höhere Preise. Zum Vergleich hier per KLICK der Ladesäulen-Check 2019: Ladesäulencheck 2019: Kampf um Vormachtstellung auf Kosten der Verbraucher - Hohe Preise, Tarifdschungel, lokale Monopole - Wohnungswirtschaft-heute

„Ladesäulen sind keine Tankstellen. Der Ladevorgang dauert länger und findet während des Parkens statt. Darum macht es Sinn – ähnlich wie bei den Stromzählern im Haushalt – eine Ladesäulen-Infrastruktur zu schaffen, die allen Wettbewerbern offensteht. Im Gegenzug erhalten die Betreiber ein Durchleitungsentgelt. Dieses Entgelt finanziert künftig den weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur", erläutert LichtBlick-Sprecher Kampwirth.

LichtBlick fordert von der Politik eine grundlegende Marktreform. Trotz einer Vielzahl von mehr als 1.000 Ladesäulenbetreibern in Deutschland gibt es keinen Wettbewerb. Während heute nur der Betreiber Strom an seine Säulen liefert, sollen die Ladepunkte künftig allen Stromanbietern offenstehen. Ein entsprechendes Modell der Bundesnetzagentur trat zum 1. Juni 2021 in Kraft. Es ist allerdings nicht verpflichtend. Technisch wäre dieser Schritt ohne Umrüstung der bestehenden Ladesäulen möglich. Verbraucher*innen könnten dann frei ihren Fahrstrom-Tarif wählen. Sie könnten an jeder öffentlichen Säule zwischen Flensburg und München mit einer Ladekarte oder App zu einem Preis und auf eine Rechnung laden.
RED

Vor über 20 Jahren fing **LichtBlick** an, sich als Pionier für erneuerbare Energien stark zu machen. Heute ist Ökostrom das neue Normal und LichtBlick Deutschlands führender Anbieter für Ökostrom und WärmeStrom. Bundesweit leben und arbeiten über 1,7 Million Menschen mit der Energie von LichtBlick. Über 400 LichtBlickende entwickeln Produkte und Services für einen klimaneutralen Lebensstil. 2020 erreichte das Klimaschutz-Unternehmen einen Umsatz von 1,1 Milliarde Euro. LichtBlick gehört zum niederländischen Energiewende-Vorreiter Eneco. Eneco will seine Wind- und Solarkapazität bis 2025 verdoppeln und damit Ökostrom für rund 2,4 Millionen Haushalte erzeugen.

www.lichtblick.de

Günstiger Strom für Mieter

Vonovia bestückt in Eigenregie 17.000 Dächer bis 2030 mit Photovoltaik-Anlagen – bis 2050 sind es 30.000 Dächer - und schafft 100 neue Stellen

Nach dem erfolgreichen 1.000-Dächer-Programm setzt Vonovia in Zukunft noch stärker als bisher auf erneuerbare Energie. Auf dem Weg zum klimaneutralen Gebäudebestand wird das Wohnungsunternehmen jedes geeignete Dach mit Photovoltaik-Modulen ausstatten. Die jährliche Installationskapazität wird hierfür bis 2024 auf das Zehnfache gesteigert. Dadurch können bereits ab 2030 jährlich 194 Mio. kWh erzeugt und 76.500 t CO2 vermieden werden. Bis 2050 sollen alle geeigneten 30.000 Dächer mit Photovoltaik-Anlagen bestückt sein. Den Auftakt zur weiteren Ausbaustufe stellte Rolf Buch, Vorstandsvorsitzender der Vonovia SE, der Öffentlichkeit jetzt in Bochum in Anwesenheit von NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach vor.

Rolf Buch, Vorstandsvorsitzender von Vonovia, stellte in Anwesenheit von NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach die weiteren Pläne zum PV-Ausbau des Wohnungsunternehmens vor. Foto: Simon Bierwald / Vonovia.

Wir haben uns dem Klimaschutz verschrieben

„Der Abschluss unseres 1.000-Dächer-Programms bildet den Auftakt für einen noch intensiveren Photovoltaik-Ausbau. Wir haben uns dem Klimaschutz verschrieben und arbeiten intensiv daran, einen klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen. Der Einsatz erneuerbarer Energien ist dabei ein entscheidender Beitrag“, erklärte Rolf Buch.

Seit 2018 hat Vonovia insgesamt 16 Mio. Euro investiert, um auf über 1.000 Dächern Photovoltaik-Anlagen zu installieren. Diese erzeugen jährlich mehr als 15 Mio. kWh, wodurch der CO2-Ausstoß um 5.700 t reduziert wird. Bis 2024 skaliert Vonovia die jährliche Installationskapazität auf das 10-Fache, von ca. 2,5 MWp auf 25 MWp pro Jahr. Dadurch können bis 2030 etwa 17.000 Dächer mit Photovoltaik-Modulen ausgestattet und jährlich 76.500 t CO2 vermieden werden. Der Grünstrom wird sektorenübergreifend für Wärmeerzeugung, Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität und Mieterstrom genutzt. Die Kosten in Höhe von etwa 240 Mio. Euro bis 2030 trägt Vonovia. Die Mieterinnen und Mieter profitieren durch langfristig günstige Strompreise.

Ausbau in Eigenregie

Weil bei Dienstleistern im Solarbereich bundesweit Kapazitäten fehlen, hat Vonovia die Prozesse rund um den Photovoltaik-Ausbau in Eigenregie weiter ausgebaut. „Seit 2020 installieren unternehmenseigene Handwerker die Anlagen selbst. Um die Kapazitäten erweitern zu können, brauchen wir zusätzliche Fachkräfte“, erklärt Rafael Wilke, Leiter Energieerzeugung bei Vonovia. Explizit werden Dachdecker, Elektriker und Projektleiter gesucht. Bundesweit schafft Vonovia damit etwa 100 neue Arbeitsplätze.

Ministerin lobt Eigeninitiative für mehr Klimaschutz

NRW-Bauministerin Ina Scharrenbach lobte das Engagement von Vonovia als einen Beitrag für nachhaltigen Klimaschutz. Vonovia sei ein Beispiel für verantwortungsvolle Eigeninitiative, die nicht auf gesetzlichen Regularien aufgebaut sei, sondern auf einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung. „Statt in den weit verbreiteten Ruf nach der Solarpflicht einzustimmen, wird Vonovia selbst aktiv und setzt auf Mieterstrom. Strom, der auf dem Dach erzeugt und den Mieterinnen und Mietern direkt zur Verfügung gestellt wird, hat Vorbildcharakter. Es ist eine intelligente Variante der Energieerzeugung“, so die Ministerin.

Silke Hoock

So gelingt die Bauwende

Zukunft-Bau-Kongress am 18. und 19. November 2021: klimabewusst erhalten, erneuern, bauen

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) lädt für den 18. und 19. November 2021 gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) zum diesjährigen Zukunft-Bau-Kongress ein. Der Kongress steht unter dem Motto „BAUWENDE: klimabewusst erhalten, erneuern, bauen". Er findet als Präsenzveranstaltung und digital statt. Basis ist der alte Plenarsaal des ehemaligen Behnisch-Baus des Bundestages in Bonn (WCCB).

Die Teilnahme am Kongress ist kostenfrei. Sie können sich unter folgendem Link anmelden:
https://www.zukunftbau.de/veranstaltungen/zukunft-bau-kongresse/2021

Der Kongress wird Lösungsansätze für eine klima- und ressourcenschonende Zukunft des Bauens aufzeigen. Expertinnen und Experten aus Praxis, Forschung, Wirtschaft und Politik diskutieren, welchen Beitrag die Bauwelt zu den Herausforderungen des Klimawandels leistet, wie der Wandel im Bauwesen aussehen muss und welche Weichen die Baupolitik stellen sollte.

„Deutschland soll bis 2045 klimaneutral werden. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Bleibt alles so, wie es ist, werden wir die Klimaziele im Gebäudebereich deutlich verfehlen", sagt der Leiter der Abteilung Wohnungs- und Bauwesen im BBSR, Dr. Robert Kaltenbrunner. „Damit der Gebäudebestand klimaneutral wird, muss die energetische Sanierung sehr viel schneller gehen als bisher. Zudem darf der Neubau keine zusätzlichen Emissionen verursachen. Es gilt, verstärkt Lösungen für ganze Stadtquartiere in den Blick zu nehmen und ressourcenbewusster zu bauen. Die Bauforschung unterstützt diesen Weg mit vielen innovativen Ansätzen, die wir auf dem Kongress diskutieren werden."

Professor Armin Nassehi, Soziologe an der Ludwig-Maximilians-Universität München, und der Architekt Professor Matthias Sauerbruch halten Keynotes. Der Klimaforscher Professor Hans Joachim Schellnhuber stellt Ansätze der Initiative „Bauhaus der Erde" vor. Professorin Estelle Herlyn referiert als Mitglied der Deutschen Gesellschaft des Club of Rome über die Verantwortung von Unternehmen für eine nachhaltige

Entwicklung aus globaler Perspektive. Professor Harald Welzer ordnet das Kongressthema aus seiner Sicht ein – als Soziologe und Mitbegründer von „Futur Zwei. Stiftung Zukunftsfähigkeit“. Zahlreiche Expertinnen und Experten zeigen Strategien und innovative bauliche Lösungen für mehr Klima- und Ressourcenschutz auf.

Der zweijährig stattfindende Kongress ist Teil des Innovationsprogramms Zukunft Bau des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI). Zukunft Bau setzt mit seinen Programmteilen Forschungsförderung, Ressortforschung und Modellvorhaben wichtige Impulse für das Bauwesen.

Christian Schlag

Mythos im Meer
Die privaten Sylter Filmschätze

Ein Film von Claus Oppermann und Sven Bohde

Sylt, wie Sie es noch nie gesehen haben.

Ein einmaliges Panorama der beliebten Ferieninsel. Zusammengestellt aus 300 digitalisierten und restaurierten Privatfilmen von 1928 bis in die 1990er Jahre.

94 Minuten Laufzeit.
Nur auf DVD erhältlich.
Hier bestellen

SCHLESWIG-HOLSTEIN.sh

EED-Lösung

Die kommende neue Heizkostenverordnung fordert mehr Informationen für Verbraucher – Aareon bietet digitale EED-konforme Lösung

Mit der Novellierung der Heizkostenverordnung gemäß der EED ergeben sich für die deutsche Immobilienwirtschaft Informationspflichten, die aller Voraussicht nach ohne Frist umzusetzen sein werden. Aareon bietet hierfür eine integrierte und automatisierte EED-konforme digitale Lösung.

Elektrische Zähler zur Fernablese. Foto: Aareon

Mit der noch ausstehenden Verabschiedung der novellierten Heizkostenverordnung werden sich für die deutsche Immobilienwirtschaft Informationspflichten gegenüber Mietern ergeben, die voraussichtlich ohne Frist umzusetzen sein werden. Die Empfehlung der Branchenverbände für die Immobilienwirtschaft ist jedoch eindeutig: Alle Seiten sind aufgerufen, mit Hochdruck an einer EED-konformen Lösung zu arbeiten. Aareon, Europas führendes Unternehmen für Immobiliensoftware, hat hierfür eine vollständig integrierte und hochgradig automatisierte EED-konforme digitale Lösung geschaffen.

Gemäß der novellierten Heizkostenverordnung muss künftig allen Mietern in Wohnungen mit funk- oder fernauslesbaren Wärme- und Warmwasserzählern ihr Energieverbrauch monatlich zur Verfügung gestellt werden. Voraussichtlich wird das nach der noch ausstehenden Verabschiedung der Verordnung mit sofortiger Wirkung und ohne Umsetzungsfrist erfolgen. Durch diese Gesetzesänderung entsteht ein erheblicher Mehraufwand bei der Bereitstellung dieser Daten – sowohl aufseiten der Wohnungsunternehmen als auch bei den Wärmemessdiensten.

Bleiben Sie auf dem Laufenden

Das Zusammenspiel der beiden Aareon-Lösungen Wechselmanagement und CRM-App bzw. CRM-Portal für das Kundenbeziehungsmanagement ist der Schlüssel für die neuen EED-Prozesse. Als Alternative zur kompletten CRM-Lösung bietet Aareon auch die schlanke Einstiegsvariante CRM Business-EED an. Für die EED-konforme Lösung hat Aareon das Datenportal Wechselmanagement weiterentwickelt, das bisher nur für das Leerstandsmanagement eingesetzt wurde. **Durch einen fortlaufenden unterjährigen Stammdatenabgleich**, eine möglichst hohe Integration von Wärmemessdiensten sowie die Homogenisierung und Visualisierung der Verbrauchsdaten auf Wohnungsebene entsteht ein automatisierter Abarbeitungsprozess inklusive permanent verfügbarer Verbrauchsdaten für Mieter – via App oder Internetportal. Darüber hinaus bietet diese EED-konforme Lösung die Möglichkeit, alle Daten auf Raum- oder Zählerebene auszuweisen, sofern dies vom Wärmemessdienst unterstützt wird.

Torsten Rau, Geschäftsführer Aareon Deutschland GmbH: „Mit dieser digitalen EED-konformen Lösung wollen wir die Immobilienbranche bei der Umsetzung der neuen Heizkostenverordnung unterstützen. Sie deckt alle bis heute bekannten Anforderungen ab, die durch die Änderungen der novellierten Heizkostenverordnung entstehen, und automatisiert die Prozesse."

Patrick Ortner

E-Scooter im Rhein und anderswo

Wie sich Lithium-Ionen-Batterien auf das Wasser auswirken, erklärt Prof. Dr. Reinhart Job von der FH Münster

Rund 500 E-Scooter liegen laut einem WDR-Bericht auf dem Grund des Rheins. Betrieben werden sie mit Lithium-Ionen-Batterien, die nun im Wasser auszulaufen drohen. Prof. Dr. Reinhart Job, Dekan am Fachbereich Elektrotechnik und Informatik der FH Münster, lehrt unter anderem Energiespeichertechnologie und erklärt im Interview, welche Auswirkungen dies auf das Wasser haben kann.

Circa 500 E-Scooter liegen auf dem Grund des Rheins – die Litium-Ionen-Batterien darin drohen auszulaufen. Foto: FH Münster/Jana Schiller

Herr Prof. Dr. Job, kürzlich machte die Meldung die Runde, dass circa 500 E-Scooter auf dem Grund des Rheins liegen. Unter anderem drohen die Batterien auszulaufen. Was für Batterien sind darin verbaut?

Prof. Dr. Reinhart Job: In der Regel handelt es sich dabei um Lithium-Ionen-Batterien.

Was für Konsequenzen hat es, wenn Lithium-Ionen-Batterien im Wasser auslaufen?

Prof. Dr. Reinhart Job: Im Wasser können verschiedene Stoffe, aus denen die Batterien zusammengesetzt sind, auslaufen und freigesetzt werden und sie landen so in der Natur. Je nach Batterietyp sind das verschiedene Elektrolyte. Dabei könnte je nach eingesetztem Elektrolyt zum Beispiel auch Flusssäure entstehen. Letztendlich akkumulieren sich immer die Schadstoffe im Wasser – auch wenn sie verdünnt werden: Die metallenen Gehäuse der Scooter verrotten, die Gummireste zersetzen sich, es entsteht Mikroplastik. Da kommt einiges zusammen, was für das Wasser und auch zum Beispiel für die Fische, die darin leben, schäd-

lich ist. Lithium wird außerdem auch in einigen Psychopharmaka verwendet – das sollte besser nicht im Wasser landen. Und der Rhein ist eine wichtige Ressource für Grund- und Trinkwasser.

Wo kann Lithium gewonnen werden?

Prof. Dr. Reinhart Job: Es wird vor allem unter stark umstrittenen Bedingungen in verschiedenen Ländern in Südamerika abgebaut, etwa in Bolivien, Chile oder Argentinien. Lithium kommt insbesondere in Südamerika vor, wobei der Ausgangsstoff Lithiumkarbonat durch Verdunstung aus der Sole von Salzseen gewonnen wird. Der dabei auftretende immense Wasserverbrauch in den ohnehin schon sehr trockenen Gegenden Boliviens, Chiles und Nordargentiniens führt zu massiven Grundwasserabsenkungen. Das ist katastrophal für die Menschen, die dort leben.

Man braucht für die Batterien aber auch andere wertvolle Rohstoffe, zum Beispiel Kobalt, das auch in großer Menge für andere wichtige Einsatzmöglichkeiten verwendet wird – zum Beispiel bei hochfestem Edelstahl oder in der Nuklearmedizin. Die wichtigsten Kobalt-Reserven liegen in der Demokratischen Republik Kongo in Zentralafrika. Die Probleme mit den dortigen Abbaubedingungen und der Kinderarbeit sind hinlänglich bekannt. In E-Scootern kommen Lithium-Ionen-Batterien zahlreich zum Einsatz, letztendlich für ein Luxusprodukt, das dann durch die Ignoranz der Leute, die es in einen Fluss schmeißen, Umweltschäden erzeugt.

Gibt es eine nachhaltigere Alternative zur Lithium-Ionen-Batterie?

Prof. Dr. Reinhart Job: Etwas nachhaltiger wären Nickel-Metall-Hybrid-Batterien. Sie sind umweltverträglicher, haben aber eine schlechtere Performance – sprich: Sie speichern nicht so große Energiemengen wie Lithium-Ionen-Batterien. Natürlich sind aber auch darin Schwermetalle und gesundheitsschädliche Elektrolyte enthalten.

Die Lithium-Ionen-Batterien sind heutzutage die leistungsfähigsten, wieder aufladbaren Batterien mit der größten spezifischen Energiedichte. Sie sind leicht und liefern lange Energie – letztlich genau das, was für mobile Einsätze gebraucht wird, zum Beispiel bei Smartphones, Notebooks oder Tablets und insbesondere auch für Elektrofahrzeuge.

Im Hinblick auf einen nachhaltigen und umweltschonenden Umgang mit Hightech-Geräten, die in der Regel immer auch problematische und knappe Rohstoffe enthalten, kommt letztendlich den Konsument*innen eine große Verantwortung zu. Als Konsument*innen müssen wir uns immer darüber im Klaren sein, dass wenn wir ressourcenintensive Produkte kaufen, die Bevölkerung und die Umwelt in den Abbauländern massiv darunter leiden. Wenn wir nachhaltig leben wollen, müssen wir global denken.

Herr Prof. Dr. Job, vielen Dank für deutlichen Antworten.

Smart-Meter-Rollout

GWG-Gruppe: Bundesweiter Bestand wird von Kalo mit digitalen Stromzählern und Smart-Meter-Gateways ausgestattet

Die Hamburger KALORIMETA GmbH (KALO), Full Service Dienstleister für die Wohnungswirtschaft, geht gemeinsam mit der Stuttgarter GWG-Gruppe, eine Tochtergesellschaft der R+V Versicherungsgruppe, einen wichtigen Schritt in Richtung Digitalisierung der Energiewende und des Gebäudesektors. Seit Anfang des Jahres 2021 stattet KALO den bundesweiten, rund 1.000 Gebäude zählenden, Bestand der GWG-Gruppe mit digitalen Stromzählern und Smart-Meter-Gateways (SMGW) aus.

Größter optionaler Smart-Meter-Rollout geht voran: KALO hat bereits rund ein Drittel aller Gebäude der GWG-Gruppe mit digitalen Stromzählern und Smart-Meter-Gateways ausgestattet. Foto: Kalo/SMGW

Ein Drittel aller Gebäude schon ausgerüstet

Seit Januar 2021 sind zahlreiche Fachkräfte dabei, den größten optionalen Smart Meter-Rollout in Deutschland umzusetzen. Bundesweit haben sie bereits rund ein Drittel des GWG-Bestands mit Smart Metern ausgerüstet. Erst in Verbindung mit dem smarten Kommunikationsmodul, dem SMGW, werden die digitalen

Zähler zu sogenannten „intelligenten Messsystemen“ und können Verbrauchsdaten hochsicher nach außen kommunizieren. Ziel ist es, bis Frühjahr 2022 sämtliche Gebäude der GWG-Gruppe mit der hochsicheren Kommunikationsinfrastruktur auszustatten.

Cornelia Schütz, Leitung Bewirtschaftungs service Wohnen GWG-Gruppe Stuttgart, leitet und begleitet das Projekt seit Beginn: „Der Erfolg eines so großen Projekts ist abhängig von der Qualität der Zusammenarbeit. Vertrauen, Verlässlichkeit und Transparenz sind entscheidend. Mit KALO haben wir einen exzellenten Partner an unserer Seite. Der stetige Austausch und die Fachexpertise führen nicht nur das aktuelle Projekt zum Erfolg, sondern helfen uns auch bei der Entscheidung über zukünftige Anwendungen.“

Der Schwerpunkt der vergangenen Monate lag auf der Ausstattung des Gebäudebestandes mit intelligenten Messsystemen für den Bereich Strom. Ab Oktober werden in einem ersten Pilotprojekt funkauslesbare Submetering-Geräte wie Warmwasser- bzw. Wärmemengenzähler inklusive AMR-Funkinfrastruktur (Automatic-Meter-Reading) verbaut. Unter Einsatz von Datensammlern (Knoten) und eines CLS-Devices (Controllable-Local-System) werden die Verbrauchsdaten automatisch an das SMGW weitergeleitet. So kann die GWG-Gruppe zukünftig auch von den Mehrwehrten der Bündelung unterschiedlicher Sparten profitieren.

Andreas Engelhardt, Vorstandsvorsitzender der GWG-Gruppe, ist zufrieden mit dem Projektfortschritt: „Als innovatives und vorausschauendes Wohnungsunternehmen sind wir insbesondere im Bereich Digitalisierung frühzeitig aktiv geworden. Durch die Kooperation mit KALO werden wir für unsere Bewohner bereits im kommenden Jahr in der Lage sein, Mehrwerte zu generieren und gehen zudem einen wesentlichen Schritt zur energetischen Optimierung unseres Immobilienbestands.“

Bei der Umsetzung des Rollouts setzt KALO auf Technik aus der Unternehmensgruppe der noventic: Die SMGW Hardware liefert die Power Plus Communication AG, die als erster Hersteller die BSI Zertifizierung für ihr SMGW erhielt, die Submetering-Bausteine kommen von Qundis, dem europaweit führenden Hersteller für Messtechnik in Gebäuden.

Dr. Dirk Then, Geschäftsführer von KALO und der noventic group, spricht bei der Kooperation von einem Leuchtturmprojekt: „Das Projekt ist einzigartig. In ihm zeigt sich die Kraft und Kompetenz unserer Unternehmensgruppe. Wir haben frühzeitig in die Smart-Meter-Gateway-Technik und das Know-how investiert. Mit unserem Angebot können wir nun gemeinsam mit der GWG-Gruppe ein Leuchtturmprojekt schaffen, welches in die gesamte Branche strahlen wird.“

Wenn im kommenden Jahr alle Gebäude mit den intelligenten Messsystemen ausgestattet sind, ist noch lange nicht Schluss. Im Gegenteil. Unter Einsatz des CLS Kanals ist die infrastrukturelle Grundlage für zukünftige Anwendungen wie beispielsweise die Anbindung der Gashausanschlusszähler oder auch der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität geschaffen. Des Weiteren ist es ebenfalls möglich, dass Drittanbieter die Datenautobahn des interoperablen SMGW für die Datenübertragung nutzen.

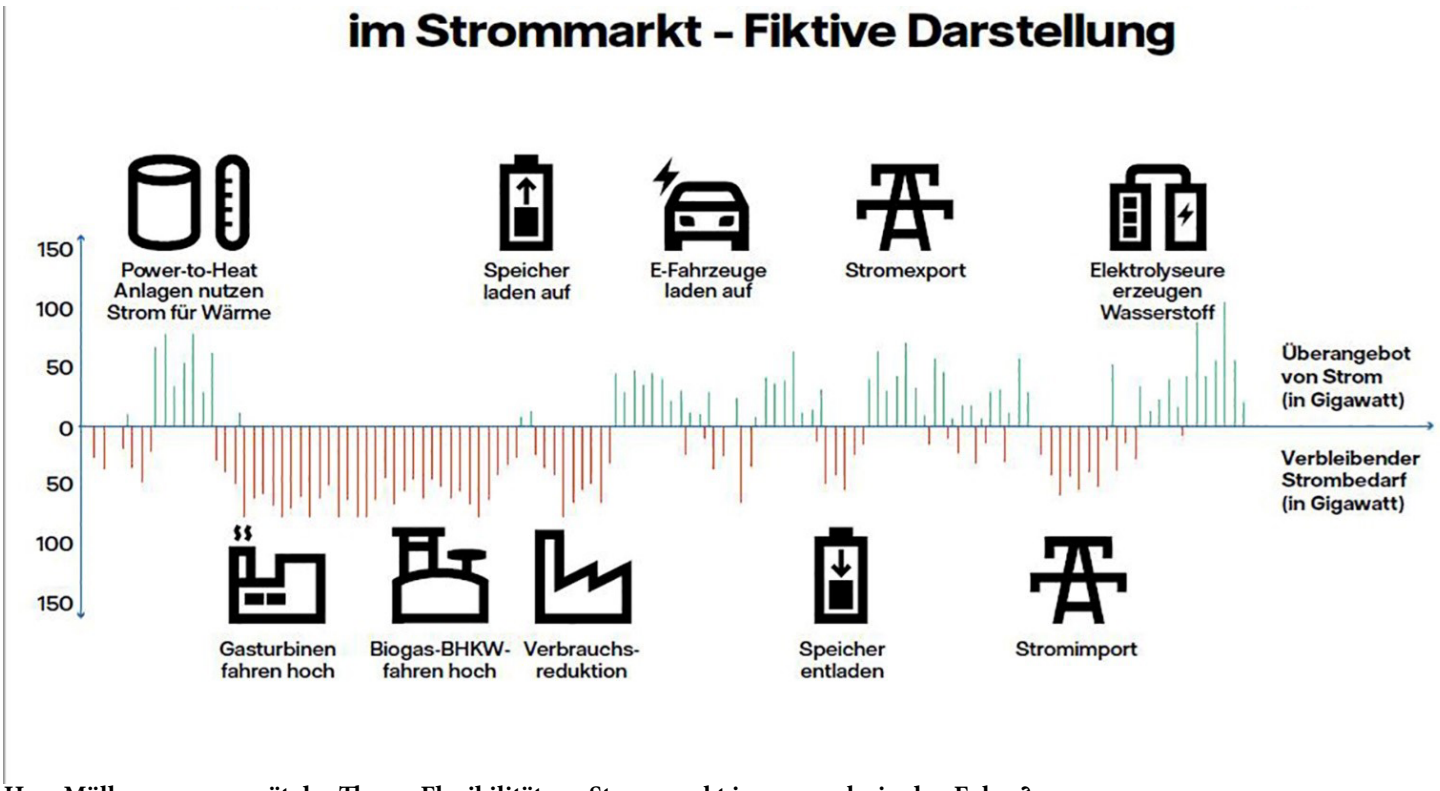
Frank Reschke, Geschäftsführer der KALO, betont die vielfältigen Möglichkeiten:
„Sobald die Wohngebäude mit intelligenten Messsystemen ausgestattet sind, gibt es kaum noch Grenzen. Die Weichen zur klimaintelligenten Immobilie, zum Smart Home, Smart Building, sind gestellt. Wir freuen uns sehr, dass wir gemeinsam mit der GWG-Gruppe diesen großen Schritt Richtung Zukunft gehen können.“

Cornelius Napp

Blick auf den Strommarkt

Flexibilität im Strommarkt – Überall im Gespräch. Was bedeutet dies für Erzeuger und Verbraucher? Thorsten Möller von Vattenfall erklärt es

Wird über das Energiesystem der Zukunft gesprochen, fällt auch immer das Stichwort Flexibilität. Aber was bedeutet das? Im Strommarkt bezeichnet es „die Veränderung von Einspeisung oder Entnahme in Reaktion auf ein externes Signal". Dieses Signal kann der Preis an der Strombörse sein oder aber der Bedarf des Netzbetreibers zur Stabilisierung des Stromnetzes. Damit stellt sich die Frage, wo die notwendige Flexibilität zu finden ist und was das für Verbraucherinnen und Verbraucher bedeutet. Im Interview spricht Thorsten Möller, Program Manager bei Vattenfalls Handelseinheit, über die Gründe für die zunehmende Bedeutung von Flexibilität im Strommarkt und über dezentrale Energieanlagen (Erzeugung und Verbrauch) der Kundinnen und Kunden, die eine Rolle bei der benötigten Flexibilität übernehmen können.



Herr Möller, warum gerät das Thema Flexibilität am Strommarkt immer mehr in den Fokus?

Thorsten Möller: Die Energiewende hat signifikante Auswirkungen auf den Strommarkt. Der Anteil von Strom aus Wind und Photovoltaik nimmt nicht nur weiter zu, sondern die sich ständig verändernde, also nicht steuerbare, Erzeugung aus erneuerbaren Energien wird zur tragenden Säule unseres Stromsystems. Betrachten wir nur einmal die Ausbauziele bei Windenergie: Bis zum Jahr 2030 soll nach den Plänen der Bundesregierung eine Leistung von 20 GW im Bereich Offshore-Wind verfügbar sein, heute sind es etwa 8 GW. Bei Onshore-Anlagen ist bis 2030 eine installierte Leistung von 90 GW im Vergleich zu derzeit circa 55 GW geplant. Es muss also immer mehr Strom aus volatiler Erzeugung integriert werden. Für diese zukünftig riesigen Mengen gibt es derzeit keinen adäquaten „Puffer". Idealerweise könnte man ihnen mit einem exzel-

lent ausgebauten innerdeutschen und europäischen Stromnetz oder aber mit sehr großen Energiespeichern begegnen. Beides ist kurzfristig nicht realisierbar. Daher benötigen wir auch die Flexibilität der Anlagen unserer Kundinnen und Kunden, die ja nicht nur Stromverbraucher, sondern auch Stromerzeuger sind. Flexibilität wird damit zum Schlüsselelement unseres zukünftigen Stromsystems, insbesondere bei fortschreitender Elektrifizierung.

Betrifft das Thema nur Industriekunden, große Stromkunden oder auch normale Haushaltskunden und Mieter?

Thorsten Möller: Am Ende betrifft es alle. Heute werden Windräder oder Solaranlagen immer wieder abgeschaltet, obwohl sie auch für den dann nicht erzeugten Strom Subventionszahlung erhalten. Die Kosten dafür finden sich in den Stromrechnungen aller Verbraucherinnen und Verbraucher. Bisher gibt es aber nicht genügend Anreize bzw. eine Vielzahl regulatorischer Hemmnisse für die Nutzbarmachung von Flexibilität. Daher versucht der Gesetzgeber, Flexibilität attraktiver zu machen. Insbesondere möchte man die „Verbraucherseite“ flexibilisieren. Beispielsweise sollen Elektrolyseure für eine flexible Fahrweise belohnt werden, indem sie von der EEG-Umlage befreit werden, wenn diese nur 5000 Vollbenutzungsstunden (von 8760 Stunden im Jahr) betrieben werden. Bereits heute können Industriekunden die Flexibilität ihrer Verbrauchsanlagen (zum Beispiel eine Anlage zur Chlorproduktion) am Großhandelsmarkt, insbesondere dem kurzfristigen Intradaymarkt, anbieten. Oder Haushaltskunden mit einem flexiblen Verbrauch, zum Beispiel Besitzerinnen oder Besitzer eines Elektrofahrzeugs, können sich für einen variablen Stromtarif entscheiden, der sich an den Preisen der Strombörse orientiert, um dann in günstigen Stunden ihr Fahrzeug aufzuladen.

Hat eine solche Verbrauchsanpassung messbare Vorteile für die Stromkundinnen und -kunden?

Thorsten Möller: Die monetären Vorteile für die Einzelnen sind sehr unterschiedlich, weil sich die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Nutzbarmachung von Flexibilität deutlich unterscheiden. Der größte Teil des benötigten Ausgleiches zwischen Stromangebot und Stromnachfrage findet an der Strombörse statt. Ein direkter Zugang zur Börse lohnt sich aber nur für sehr große Kunden, wie oben beschrieben.

… und Privatkunden oder Haushaltskunden, wie Mieter?

Thorsten Möller: Für Haushaltskunden machen die eigentlichen Stromkosten nur etwa rund 20 Prozent des Gesamtpreises aus. Das bedeutet, das sich selbst ein variabler Stromtarif nur begrenzt auf die Stromkosten auswirkt. Die Einsparpotenziale werden aber durch die zunehmende Elektrifizierung wichtiger werden. Zudem gibt es Bemühungen, Strompreiskomponenten wie Netzentgelte zu flexibilisieren, so dass mögliche Einsparpotenziale größer werden.

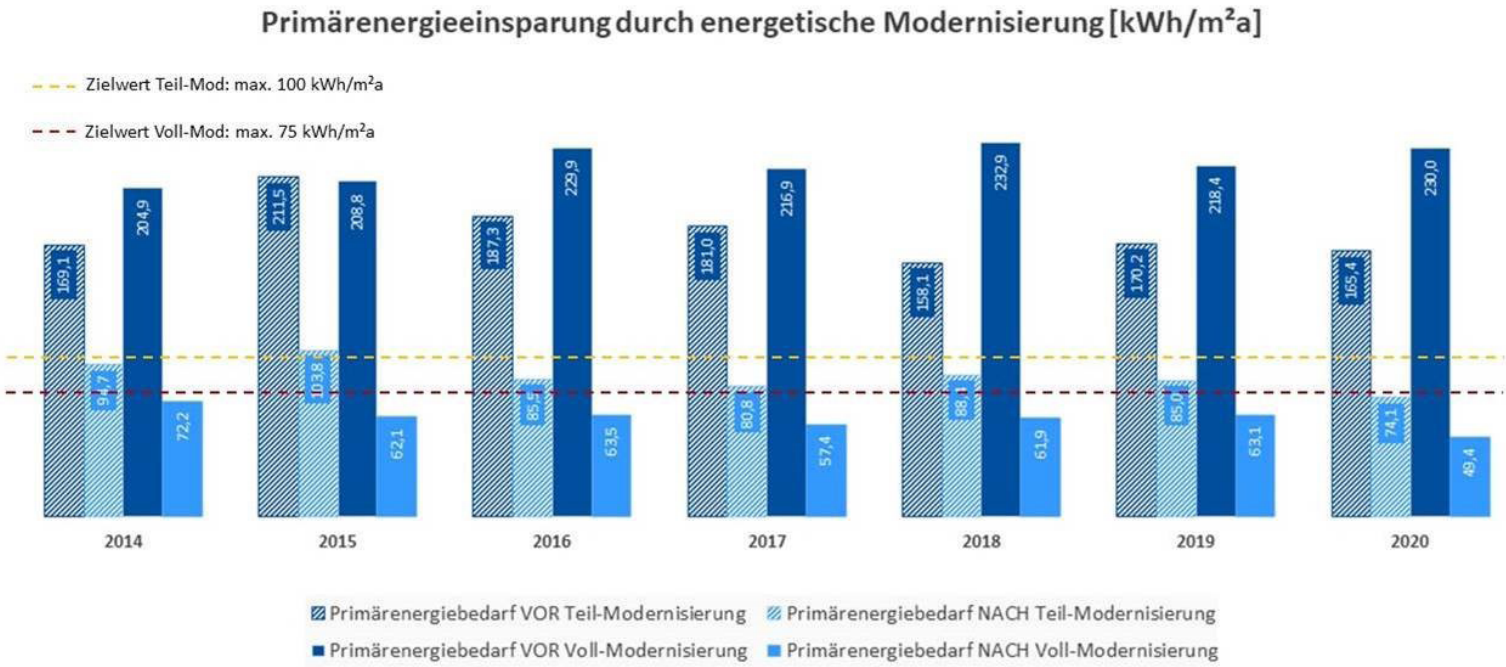
Und last but not least: Jede Verbraucherin und jeder Verbraucher, der dazu beiträgt, die fluktuierenden Energiemengen besser zu nutzen, tut immer etwas für den Klimaschutz.

Herr Möller vielen Dank für den tiefen Einblick in den Strommarkt.

Nassauische Heimstätte I Wohnstadt

Vorreiter-Position beim Klimaschutz – Primärenergie-Zielvorgaben 2024 schon 2020 erreicht

Dank enormer Anstrengungen bei der energetischen Modernisierung ihrer Gebäudebestände hat die Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte I Wohnstadt die Primärenergie-Zielvorgaben 2024 schon 2020 erreicht. Damit untermauert das größte hessische Wohnungsunternehmen erneut seine Vorreiter-Position beim Klimaschutz.



Die außergewöhnlich gute Performance ihres Unternehmensbereichs Modernisierung / Großinstandhaltung ist für die Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte I Wohnstadt (NHW) ein erneuter Beleg für die Rolle des Konzerns als Wegbereiter in Sachen Klimaschutz. Ganzheitliche Konzepte in der energetischen Vollmodernisierung, zielgerichtete Maßnahmen und gut durchdachte technische, zum Teil innovative Lösungen, auch in neuartiger Kombination – all dies hat dazu beigetragen, dass Hessens größtes Wohnungsunternehmen seine selbst gesetzten hohen Primärenergie-Zielvorgaben 2024 der eigenen Bestandsstrategie schon Ende 2020 erreicht hatte.

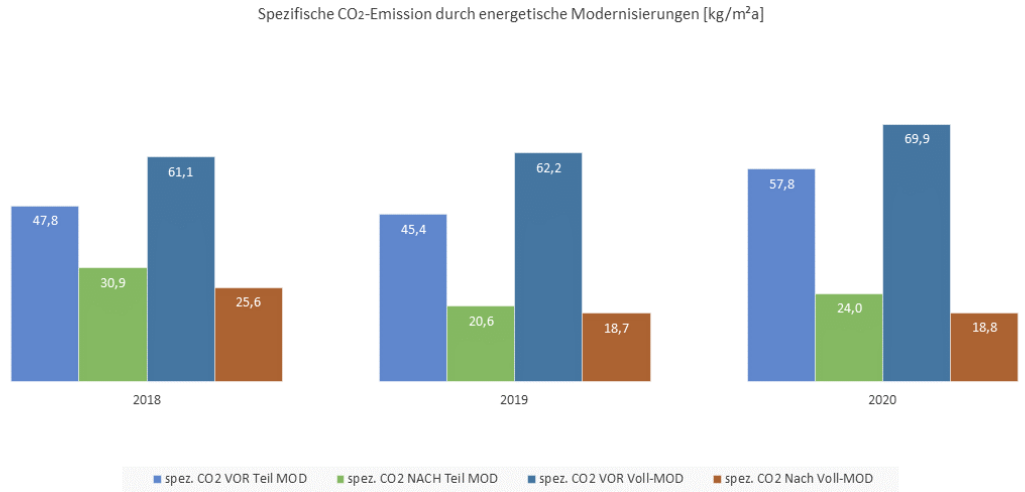
Enorme CO_2-Reduktion

„Lag der Primärenergiebedarf vor Teilmodernisierung noch bei 165,4 Kilowattstunden pro Quadratmeter pro Jahr (kWh/m²a), sank er 2020 danach auf 74,1. Noch beachtlicher fällt das Ergebnis im Zuge der Vollmodernisierung aus: Dort sank er um stolze rund 80 Prozent – von 230 auf 49,4 kWh/m²a. Ursprünglich anvisiert für Ende 2020 waren lediglich 75 kWh/m²a. Das haben wir nun bei weitem übertroffen“, resümiert Karin Hendriks, Leiterin Unternehmensbereich Modernisierung / Großinstandhaltung der NHW. „Umgerechnet auf die CO_2-Einsparung ergibt dies für 2020 nach Teilmodernisierung einen Wert von derzeit 24 kg/m²a. Zuvor waren es noch 57,8 und somit mehr als das Doppelte. Weit besser noch fällt das Ergebnis bei Vollmodernisierungen aus: Hier sanken die CO_2-Werte von 69,9 kg/m²a auf 18,8 – eine Reduktion von rund 73 Prozent.“

Die NHW bewirtschaftet ihren Bestand nachhaltig und hat 2020 rund 103 Millionen Euro in die Moder-nisierung und Instandhaltung ihrer Gebäude investiert. Foto: NHW / Olaf Hermann

Höherer Anteil erneuerbarer Energien

Die Tatsache, dass bereits 2020 der Zielwert übererfüllt wurde, der für 2024 anvisiert war, ist neben den am Gebäude ergriffenen baulichen Maßnahmen auch der Wärmeversorgung zuzurechnen. Sie wird – wenn auch nur schrittweise – immer regenerativer: Der Anteil der fossilen Brennstoffe geht mehr und mehr zurück, der der erneuerbaren Energien steigt. Ebenso kommen neue Techniken – auch in Kombination – zum Tragen. Fest steht: Gemäß der NHW-Klimastrategie soll 2045 der Mittelwert über den Gesamtbestand bei prognostizierten 27 kg/m²a liegen.



Beachtliche Erfolge in einer bewegten Zeit

„Das ist ein großer Erfolg für uns in einer Zeit, in der sich die Nachrichten zu politisch verschärften Zielvorgaben zur CO_2-Einsparung auf EU- und Bundesebene geradezu überschlagen und zahlenmäßig überbieten", konstatiert Monika Fontaine-Kretschmer, die für den Bereich Technik zuständige NHW-Geschäftsführerin. Tatsache ist: Auf dem steilen Weg zur Klimaneutralität des Gebäudebestands wurden für die deutsche Wohnungswirtschaft in den letzten Monaten eine Reihe neuer Hürden aufgestellt. Das Klimaschutzgesetz 2021 der Bundesregierung sieht vor, dass bis 2030 bereits 65 Prozent und bis 2040 ganze 88 Prozent der CO_2-Treibhausgase eingespart werden müssen. Auch das am 29. April 2021 ergangene Urteil des Bundes-

maximaler Primärenergiebedarf QP [kWh/m²a]

MOD-Programm-jahre	max. Primärenergiebedarf QP [kWh/m²a] bei Teilmodernisierungen		max. Primärenergiebedarf QP [kWh/m²a] bei Vollmodernisierungen
	Außenmod	Innenmod	
2019	≤ 100	≤ 100	≤ 75
2020	100	100	75
2021	90	80	70
2022	85	75	65
2023	80	70	58
2024	75	60	51
2025	70	50	44
2030	70	45	42
2050	**Mittelwert über den Gesamtbestand ≤ 27** (ohne Wohnungszukäufe)		

.... führt zu höher werdendem Anteil erneuerbarer Energien in der Wärmeversorgung

Alle Grafiken: NHW

verfassungsgerichts belegt: Die Dringlichkeit nimmt zu, die Herausforderungen wachsen. Zudem ist eine komplette Klimaneutralität Deutschlands nun bereits für 2045 vorgesehen. Fontaine-Kretschmer: „All dies sind Entscheidungen, die langfristig investierende Bestandshalter mit einem sozialen Mietauftrag wie die NHW immer mehr unter Druck setzen und rasches Handeln erfordern. Schließlich stammen rund 70 Prozent unserer Gebäude aus den Jahren 1950 bis 1969. Das bleibt weiterhin eine Herkulesaufgabe – mit hohen finanziellen Aufwendungen, viel Zeitaufwand und engagiertem Personaleinsatz.“ Nach der BEG (Bundesförderung für effiziente Gebäude), die erstmals auch relevante Zuschussförderungen für die Wohnungswirtschaft beinhaltet, begrüßt die NHW die im Rahmen des Sofortprogramms Klimaschutz der Bundesregierung zusätzlich bereitgestellten Mittel sehr. Wie groß der Förderbedarf ist, ist allein daran zu erkennen, dass die Mittel der BEG-Förderung – durch Corona-Sonderprogramme bereits erhöht – schon Mitte des Jahres ausgeschöpft waren. Und dies, obwohl erst ab Juli 2021 das eigentliche Förderprogramm-Paket startete und bis dahin seit Jahresbeginn nur Einzelmaßnahmen förderfähig waren.

Überragende CO_2–Einsparungen erzielt

In Anbetracht dieser Gesamtsituation sind die überragenden CO_2-Einsparergebnisse, die der NHW-Unternehmensbereichs Modernisierung / Großinstandhaltung bereits in dieser frühen Phase erzielt hat, umso erfreulicher:

55 Prozent aller im Programmjahr 2020 geplanten Wohneinheiten unterschreiten den gesetzlich geforderten Primärenergiebedarf für Neubauten. Das sind über 400 Wohnungen in ganz Hessen.

97 Prozent aller Vollmodernisierungen im Jahr 2020 – exakt 434 von 447 Wohnungen – nutzen Solarenergie oder indirekt erneuerbare Energie in Form von Blockheizkraftwerken oder Wärmepumpen. Als Energiequelle für Letztere dienen Außenluft, Wohnungsabluft oder Solarenergie.

Auch bewies die NHW zum wiederholten Mal Pioniergeist: Erstmalig zum Einsatz kamen neuartige PVT-Module. Hierbei handelt es sich um Kombi-Module aus Photovoltaik und Solarthermie. Die Evaluation der Nutzung erfolgt über eine enge Zusammenarbeit mit dem renommierten Fraunhofer ISE (Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme, Freiburg).

Jens Duffner

Unternehmensallianz für Klimaneutralität

Innerhalb der ersten 100 Tage der neuen Bundesregierung muss eine Umsetzungsoffensive Klimaschutz starten

Zum Auftakt der Sondierungsverhandlungen fordert eine breite Allianz deutscher Unternehmen aus allen Schlüsselsektoren der Wirtschaft eine ambitionierte sektorübergreifende Klimapolitik, die den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens gerecht wird. Auch Stiebel Eltron, Hersteller umweltfreundlicher Haus- und Systemtechnik, hat unterzeichnet.

Mit ihrem Appell fordern 69 Unternehmen – darunter viele Großunternehmen und Vertreter des deutschen Mittelstands – die verhandelnden Parteien auf, Deutschland auf einen klaren, verlässlichen und planbaren Pfad zur Klimaneutralität zu bringen. Sie fordern von der neuen Bundesregierung, innerhalb der ersten 100 Tage eine Umsetzungsoffensive für Klimaneutralität aufzusetzen. Damit setzen deutsche Unternehmen ein deutliches Signal für ambitionierten Klimaschutz in der neuen Legislaturperiode.

Dr. Nicholas Matten, Geschäftsführer von Stiebel Eltron, sagt: "Ohne Wärmewende wird die Energiewende nicht gelingen. Es ist an der Zeit, dass die Politik und die Branche den Klimaschutz offensiv umsetzen. Nahezu alle Experten sind sich einig, dass die Wärmepumpenheizung das umweltfreundliche Heizsystem ist, das sich auf Dauer durchsetzen wird. Bereits 2030 müssen 5 bis 6 Millionen Wärmepumpen im Markt sein, 2040 15 bis 17 Millionen, um die deutschen Klimaziele zu erreichen, so aktuelle Studien. Das wird nur dann möglich sein, wenn die Politik sich klar zu dieser Ausrichtung bekennt und die notwendigen Rahmenbedingungen dafür schafft – unter anderem eine Umgestaltung des Energiepreisdesigns. Elektrifizierung und damit Dekarbonisierung muss sich lohnen, dafür braucht es einen fairen Strompreis."

Unter den beteiligten Firmen sind namhafte Vertreter aus allen relevanten Branchen und Schlüsselindustrien: neben Stiebel Eltron aus dem Segment Wärme, Haustechnik und erneuerbare Energien zum Beispiel Vertreter aus dem Maschinen- und Fahrzeugbau, der Grundstoff- und Chemieindustrie, der Finanzbranche sowie mittelständische und große Unternehmen aus den Bereichen Gebäude, Mobilität und Handel. Zusammen beschäftigen sie in Deutschland mehr als eine Million und weltweit über fünf Millionen Menschen und stehen für einen globalen Umsatz von etwa einer Billion Euro.

„Der Klimaschutz war bei der Bundestagswahl das wahlentscheidende Thema und muss von den Parteien bei der Bildung einer neuen Bundesregierung ganz oben auf die Agenda gesetzt werden", sagt Prof. Dr. Michael Otto, Präsident der Stiftung 2°, Unternehmer und Aufsichtsratsvorsitzender der Otto Group. „Die Dekade des Handelns für den Klimaschutz hat begonnen. Die neue Bundesregierung muss jetzt den Rahmen setzen, damit wir als Unternehmer Klimaneutralität zum Markenzeichen der deutschen Wirtschaft machen können", so Otto weiter.

In Anlehnung an den ganzheitlichen Ansatz des Green Deals der EU-Kommission fordern die Unternehmen in dem Appell, dass die Umsetzungsoffensive ein Paket konkreter Maßnahmen enthalten sollte, damit das Ziel Klimaneutralität bis 2045 verlässlich erreicht werden kann. Für die Transformation zur Klimaneutralität müsse so der Ausbau wichtiger Technologien und Infrastrukturen beschleunigt vorangetrieben werden. Dies gelte insbesondere für den Ausbau Erneuerbarer Energien und der dafür erforderlichen Stromnetze, klimafreundliche Industrieanlagen und Verkehrsinfrastrukturen sowie die energetische Gebäudesanierung.

„'Klimaneutralität machen' sollte zum Motto der neuen Legislaturperiode werden. Die neue Bundesregierung muss klimapolitisch mutig und entschlossen handeln und kann dabei auf die Unterstützung dieser breiten Unternehmensallianz bauen", sagt Sabine Nallinger, Vorständin der Stiftung 2°. „Jetzt kommt es darauf an, eine Umsetzungsoffensive für Klimaneutralität ins Zentrum einer Regierungsbildung zu rücken. Wenige Wochen vor der Weltklimakonferenz in Glasgow und vor den wichtigen Entscheidungen für das „Fit for 55"-Paket der EU senden die Unternehmen damit auch ein wichtiges Signal an die europäische und internationale Gemeinschaft", so Nallinger weiter.

Henning Schulz